

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1842

17.1.1842 (No. 16)

Voranszahlung.
Wageldruck hier 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großbezugsraum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.

Karlsruher Zeitung.

Einrückungsgebühr.
Die gespaltene Zeile über deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder gratis.

Nr. 16.

Montag, den 17. Januar

1842.

Deutsche Bundesstaaten.

Preußen. Düsseldorf, 10. Jan. Seitdem die hiesige Eisenbahndirektion genehmigt war, im Betrage von einer Million Prioritätsaktien zu emittieren (zum großen Leidwesen der Inhaber der Primitivaktien), sind diese letzteren unter die Zahl der zinslosen Papiere gesunken. Jedoch glaubt man, daß in Folge des bereits begonnenen Gütertransportes auf der Düsseldorf-elberfelder Eisenbahn und der dadurch notwendig bedeutend gesteigerten Einnahme ein günstiges Resultat für die Aktionäre zu erwarten wäre. Bis jetzt aber kann darauf noch um so weniger gerechnet werden, als die hiesigen Kaufleute und Spekulanten eine lebhaftere Opposition gegen die Art und Weise der Klassifikation der Güter und deren Kostenvertheilung begonnen haben, und andererseits die Rheinschiffe, des Winters wegen, uns keine Güter mehr bringen können. Somit müßte es bis künftiges Frühjahr dahingestellt bleiben, die Rentabilität der Düsseldorf-elberfelder Eisenbahn gehörig beurtheilen zu können.

Bayern. * Erlangen, 10. Jan. (Korr.) Unser Professor der Theologie und Universitätsprediger Dr. Harleß hat, wie man vernimmt, einen Rufan die Hochschule zu Rostock erhalten. Ueber seinen Entschluß herrscht noch keine Gewißheit.

München, 14. Jan. (Korr.) Der Tod unseres Gesandten am Bundesrat zu Frankfurt, des Staatsraths Ritters v. Mieg, hat bereits zu einer Menge von Gerüchten in Bezug auf eintretende Veränderungen in den höchsten Stellen Veranlassung gegeben. Namentlich tauchen die Sagen von der nahen Reaktivierung des ehemaligen Ministers Fürsten von Wallerstein wieder auf. Es bedarf wohl keiner besonderen Widerlegung aller dergleichen Annahmen. Sie sind sämmtlich wenigstens vorläufig. — Bei sämmtlichen Zweigen der verschiedenen Ministerien hat bei uns während der jüngsten Zeit die größte Thätigkeit wegen Herstellung der Budgets für den kommenden Landtag geherrscht. Die Einberufung des letzteren wird übrigens gewiß nicht schon im nächsten Herbst oder gar schon im Spätsommer stattfinden, wie sich norddeutsche Blätter schreiben lassen, sondern zweifelsohne erst im November, so daß die Eröffnung der Kammern gegen das Ende des Jahres erfolgen kann. — Nach Briefen aus Berlin wäre die Aussicht auf den Anschluß des Königreichs Hannover an den Zollverein neuerdings wieder näher gerückt, als zu hoffen zu seyn scheint. Die Verwirklichung der desfallsigen Angaben würde hier die größte Freude verursachen. — Die Reise Sr. Maj. des Königs nach Italien, welche früherem Vernehmen nach schon in diesem Monate stattfinden sollte, ist, wenn nicht aufgegeben, so doch zuverläßig verschoben worden. Man nennt als Ursache die angeblich schon im Verlauf des April stattfindende Vermählung unserer Prinzessin Adelgunde, der zweitältesten Tochter des Königs, mit dem Erbprinzen von Modena.

Nürnberg, 12. Jan. (Korr.) Der am 7. d. M. zu Frankfurt verstorbenen Königl. bayerische Staatsrath und Bundestagsdeputirter A. F. A. J. v. Mieg wurde gestern, nach eigenem oder seiner Hinterbliebenen Wunsche, auf bayerisch-vaterländischem Boden, auf dem Gottesacker unserer Stadt, beerdigt. Die sterbliche Hülle traf, unter Beileite des Königl. bayerischen Legationsrathes Grafen Marogna und des Gesandtschaftssekretärs Lunkenheimer, Nachmittags vor 4 Uhr dahier ein, wurde an der Mainbrücke von der Geistlichkeit der drei katholischen Pfarren unserer Stadt, mehreren Beamten u. s. w. empfangen, worauf sich der solenne Leichenzug nach dem Friedhof durch die Straßen der Stadt in Bewegung setzte. Dieser große Leichenzug war aus der Kuratgeistlichkeit, den l. Zivilstellen und Behörden, dem l. Offizierskorps, den P. P. Kapuzinern, dem Stadtmagistrate, dem Offizierskorps der Landwehr, den Gemeindevollmächtingen, den Kandidaten des Lyzeums, den Schülern des Gymnasiums, den Zöglingen des Seminariums puerorum, den Schülern der lateinischen, der Gewerbs- und der deutschen Schulen u. s. w. gebildet. Hinter dem Leichenzug schritten unmittelbar der l. Legationsrath Graf Marogna u. der Sekretär Lunkenheimer einher. Bei der Ankunft des stillfeierlichen Zuges auf dem Kirchhofe suchte am Grabe der Pfarre Anderlohe das Wirken dieses eben zum Grabe geleiteten ausgezeichneten Staatsbeamten und Menschen, nach dessen wohlbekanntem Lebensmomente, zu schildern, worauf die wiederholt eingeseignete Leiche der Erde übergeben wurde. Heute, Vormittags 10 Uhr, fand in der Pfarrkirche ad Sancti Beat. Virg. für den Verewigten der Trauergottesdienst statt, welchem außer der Dienerschaft des Verstorbenen, der l. Legationsrath Graf v. Marogna, der Sekretär Lunkenheimer, die l. Zivil- und Militärstellen und Behörden, der Stadtmagistrat u. s. w. beizuhöhen. An Hrn. v. Mieg verlor der König einen treuergebenen Diener und das Vaterland einen seiner ausgezeichnetsten Staatsmänner. Mieg war am 21. Januar 1778 geboren. Seine erste Anstellung in Bayern erhielt er als Legationssekretär; dann wurde er nach und nach Subalternrath, Kreisdirektor, Regierungsdirektor, Ministerialrath, Regierungspräsident, Minister der Finanzen, Bundestagsgesandter und Gesandter an den Höfen zu Darmstadt, Kassel und Nassau. Auch war er nach Griechenland delegirt worden. — Vom 13. Januar. Es geht ein Gerücht, welches bereits öffentliche Blätter verbreiten, daß ein englischer israelitischer

Handelsmann die Erwerbung der rühmlich bekannten Sammlungen von Alterthümern in Erbach im Odenwalde beabsichtige. Wenn diese Sammlungen wirklich ein Gegenstand des Verkaufes geworden sind, so wäre zu wünschen, daß unser deutsches Vaterland sie erwerben und nicht über den Kanal ziehen lassen möge. Man baut dabei auf die erleuchteten Regierungen unseres Vaterlandes, wenn übrigens das Gerücht sich bestätigen sollte.

Bamberg, 11. Jan. (Korr.) In der Rede, welche der geh. Rath Leibart und Professor v. Walther in der Sitzung der Akademie der Wissenschaften zu München zum Andenken des verstorbenen Prof. Dr. Doellinger gehalten hat, ist des bamberger Krankenhauses und seines Stifters, des Fürstbischöflichen Franz Ludwig mit folgenden Worten erwähnt: „Dieser vortreffliche und wahrhaft edle Fürst, den die göttliche Vorsehung beiden fränkischen Herzogthümern als ein wahres Gnabengeschenk zum Heil und Segen verlieh, schuf das bamberger allgemeine Krankenhaus, einzig, schön und in seiner Art vollkommen, so daß sein Andenken noch überall ein Segen ist, und sein seliger Geist wie ein über dem Lande schwebender Schutzheiliger verehrt wird.“ Der Ruf der von dem trefflichen Franz Ludwig gegründeten Anstalt ist in die fernsten Länder gebrungen. Dafür dient folgender neuester Beweis. Der Medizinalrath Dr. v. Kuzuran wurde von der Regierung zu Jassy beauftragt, die vorzüglichsten Krankenanstalten Deutschlands, Englands und Frankreichs zu besuchen, um bei dem neu in Jassy zu erbauenden Krankenhause seine auf dieser Reise gemachten Erfahrungen benutzen zu können. Nach einem zweitägigen Aufenthalt dahier war er über die Einrichtung, Verfassung, u. s. w. unseres Krankenhauses so entzückt, daß er erklärte, weder in England und Frankreich, noch in Deutschland eine ihrem Zwecke so ganz entsprechende Anstalt gefunden zu haben; er hat um Verfertigung eines Grundrisses, der ihm nach Jassy gesendet wird, weil er das zu Jassy projektierte Krankenhaus ganz nach der bamberger Anstalt einzurichten dem regierenden Fürsten vorschlagen wird. — Schönlein in Berlin hat dem historischen Vereine dahier abermals werthvolle Geschenke geschickt. — Man erwartet demnächst eine neue Apothekerordnung für unser Königreich, in welcher mehrere wichtige und bedeutende Modifikationen bisher bestandener Normen vorkommen sollen.

Deutsche freie Städte. Hamburg, 11. Jan. Ueber den eventuellen Anschluß Hamburgs an den Zollverein liest man in der „Börse Halle“ folgende Bemerkungen: „Einsender dieses, ein entschiedener Gegner des Anschlusses Hamburgs an den preussischen Zollverein, hat in allen bis jetzt in öffentlichen Blättern erschienenen Diskussionen über diesen Gegenstand die Hinweisung auf einen Gesichtspunkt vermist, der ihm von wesentlicher Bedeutung zu seyn scheint. Es ist nämlich dieser Verein kein Zollverein, dessen Tarif jemals einer Berathung aller dabei beteiligten Staaten unterlegen hätte, sondern die Höhe, sowohl der darin festgestellten Waaren, als der Konsumtionszölle ist mit dem Eintritte in den Verein übernommen worden. In der Berathung über dergleichen Tariffätze würde Hamburg eine dem Zahlenverhältniß seines Waarenhandels entsprechende Stimme zustehen, und es scheint uns wohl schwerlich irgend einem Zweifel zu unterliegen, daß diese Stimme gegen die enorme Höhe der Zollsätze sowohl sich auflehnen, als auch die schweren Konsumtionszölle zurückweisen würde, welche der Tarif der Vereinsstaaten auferlegt; letztere würden Hamburg einer beständigen Kontribution an die Vereinsstaaten unterwerfen und somit die Wohlthatigkeit des ohnedem so theuren Lebens in Hamburg nur erhöhen. Als bloße Andeutung des oben bezeichneten Gesichtspunktes führen wir diese Bemerkungen nicht weiter aus.“

Hannover. In der Sitzung der 2. Kammer der Allgemeinen Ständeversammlung vom 10. dieses Monats wurde auf den Antrag des General-Syndikus aus der Konferenz wegen der Wahl des osnabrückischen Schatzraths beschlossen: das königliche Kabinet um Auskunft darüber zu ersuchen, weshalb der vierte ordentliche Schatzrath, dessen Präsentation der osnabrückischen Landschaft bereits unter'm 2. Juni v. J. aufgegeben sey, in das Schatzkollegium bisher nicht eingetretten sey.

Ein Artikel des „Hamburger Korrespondenten“ meint, für das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Israeliten sey die Verhältnisse zu ungünstig. Komme ein solches jetzt zu Stande, so werde lange Zeit hindurch nichts wieder in der Sache geschehen können; dermal sey der Regierung allerdings daran gelegen, eine allgemeine Norm zu haben. Im Interesse der Juden aber sey zu wünschen, daß nichts zu Stande komme, weil diese unbedeutenden Verbesserungen keinen Ersatz dafür bieten, daß dann so lange nichts mehr zu Stande kommen werde. Es wäre auch möglich, daß das Ganze an dem Geldpunkte scheiterte. Die erste Kammer hat das Gesetz an einigen Stellen zu deren Gunsten abgeändert und zwar aus Anlaß der von verschiedenen Seiten ausgesprochenen Wünsche. So hat dieselbe ihren Beschluß wegen der Ablösung des Schulgeldes aufgegeben, desgleichen die Bestimmung, daß die jüdischen Handwerker sich jüdischer Gesellen bedienen sollen; auch die Vorschriften in Betreff des Erwerbs vom Grundeigenthum sind erweitert.

Die Belagerung von Gothenburg 1788.

(Fort.) Der Grund, weshalb sich Gustav auf so besondere Art in Gothenburg einfuhrte, wird aus folgenden Andeutungen klar werden. Die Pforte hatte Rußland den Krieg erklärt. Katharina, auf Schwedens Neutralität und mehr noch auf einen Artikel der Verfassung von 1772 rechnend, wonach der König ohne Bewilligung der Stände keinen Angriffskrieg unternehmen durfte, hatte ihre sämmtlichen Streitkräfte nach der Küste von Aßen geschickt. Gustav ergriff die Gelegenheit, durch Entflammung des Nationalstolzes seine schwankende Popularität wieder zu gewinnen, fiel heimlich durch die Höfe von London und Berlin unterstützt, unvermuthet in Finnland ein, und erregte durch seine ersten günstigen Erfolge einen so starken Eindruck, daß Katharina schon Befehl gegeben hatte, die Staatsarchive und ihren Privatchatz aus Petersburg wegzubringen. Einen solchen Friedensbruch konnte nur der Sieg allein gleichsam rechtfertigen. Die finnländischen Offiziere indeß, welche für ihr unglückliches Land, diesen fäthen Kriegschauplatz zwischen beiden Völkern, die Rache Katharinens fürchteten, wenn Schweden in dem Kampfe unterlag, weigerten sich, zur Belagerung von Fredriksham zu marschiren. Gustav, gezwungen, der Empörung nachzugeben, ging schnell nach Stockholm zurück, wo die Adelpartei, von diesem Unfall Nutzen ziehend, wie sie es von einem Siege gehen haben würde, sich ansah, in Abwesenheit des Königs die Stände zusammen zu berufen. Seine Stellung gegen Katharina mußte ihm fürchtbare Repressalien

zuziehen. Der Allianztraktat zwischen Rußland und Dänemark legte dem letzteren die Verpflichtung auf, ersteres zu unterstützen, wenn es angegriffen würde. Zu Haga erhielt Gustav die Nachricht von der Landung der Dänen. Zwar versprach ihm zu gleicher Zeit der englische Resident zu Kopenhagen, Elliot, seine Waffen durch Unterhandlungen zu unterstützen, — doch für dergleichen fehlte hier die Zeit. In dieser kritischen Lage, wo zugleich das Land gegen Feindes Einfall und der Thron gegen einen Theil der Untertanen zu verteidigen war, übernahm Gustav mit einem Blitze die Gefahr und die Mittel dagegen. In seinem Charakter war Alles ungewöhnlich, große Eigenschaften wie Fehler, und die wenige Zeit, welche man ihm ließ, der doppelten Gefahr zu begegnen, rief seine ganze Energie ins Leben. Der Ober ist am meisten zu fürchten, wenn die Hunde ihn schon gestellt haben.

Von seiner einschmeichelnden Verehrsamkeit hingerissen, von welcher er so guten Gebrauch zu machen wußte, ergriffen zweitausend Bürger von Stockholm die Waffen und schworen, den König gegen den aufständigen Adel zu verteidigen. Bevor er sich nach Karlstadt begab, wo Elliot ihn erwartete, erschien er plötzlich in Dalecarlien, dem Lande klassischer Schwedentreue, und in Stockholm erfuhr man mit der Nachricht von den ersten Feindseligkeiten der Dänen zugleich die Ankunft von dreitausend Landknechten, die bei der Verteidigung der Hauptstadt die Garde zu Fuß und ein anderes Regiment, welches mit nach den westlichen Provinzen gesandt war, ersetzen sollten. — Doch der Erfolg gestaltete sich nicht günstig.

Wärtemberg. Sr. königl. Maj. haben nach höchstem Dekrete vom 7. Jan. dem Kriegsmi- nister, Generalleut. v. Hügel, seitherigem Kommandeur des Militärverdienstordens, in Anerkennung der Verdienste desselben, das Großkreuz dieses Ordens zu verleihen geruht.

Frankreich.

St. Paris, 13. Jan. (Korresp.) Trotz der in den ministeriellen Blättern statt gefundenen Widerlegung hinsichtlich der blutigen Handel, welche zwischen hier garnisonirenden Regimentern statt gefunden, zeigt es sich doch, daß 93 Soldaten aller Waffengattungen in den Spitalern untergebracht werden mußten. Die Wunden sollen gefährlich seyn. Die Sache hat übrigens wenig Aufsehen erregt; deshalb konnten auch der „Messager“ und der „Moniteur parisiens“ den Umfang der Handel in Abrede stellen. — Die Pairskammer hat gestern die Debatte über die Thronrede fortgesetzt. Der wichtigste Theil der Sitzung war die Rede des Hrn. Guizot, worin er die Lage der oriental. Frage auf Grund der letzten diplomatischen Note darstellt; sie machte einen sehr bedeutenden Eindruck. Nach dieser Auseinandersetzung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten begann die Verhandlung über die einzelnen Abschnitte der Adresse *). Der erste wurde ohne Verzug votirt. Bei dem zweiten wurde der obligate, nichts sagende, Polen betreffende Zusatz von dem Herzog von Harcourt in Anregung gebracht und nach zweimaliger Stimmzählung eingeschaltet. Er lautet: „Steuern gehen unsere Wünsche dahin, daß Gw. M., im Verein (de concert) mit Ihren Verbündeten, freundschaftliche Blicke auf eine Nation werfen, die in ihren Freiheiten und in den ihr durch Verträge verbürgten Rechten verletzt (blessée) ist.“ Auch der 3te und 4te Paragraph gingen ohne Schwierigkeit durch. Hr. Cousin, der ein Amendement in Bezug auf die militärischen Streitkräfte Frankreichs vorgeschlagen (statt „forces militaires — Militärkräfte“ die ursprünglichen Vorschlagsworte „organisation militaires“ zu setzen), nahm es nach den gemachten Bemerkungen des Rathspräsidenten, des Grafen Molé und des Berichterstatters der Adresse, Hrn. Merilhou, wieder zurück. Hierauf schritt die Kammer zur Debatte über den 5. Adressenabschnitt. Das Ende der Sitzung zeichnete sich durch einen interessanten Zwischenfall aus. Ein Pair, Baron Daunant, stellte den Antrag, daß ein Aufsatz im gestrigen Blatt des Siecle, der gegen die hohe Kammer gerichtet sey, zur Kenntniß der Pairs gebracht und die Geranten des Journals hierüber vor die Schranken belangt würden, welcher Fall im 15. Art. des Gesetzes vom 25. März 1822 vorgesehen sey. Auf Antrag des Hrn. Cousin u. trotz des Widerstrebens des Kammerpräsidenten (Vizepräsidenten, Hr. v. Broglie nämlich) wurde die Verhandlung über diesen Vorschlag auf heute anberaumt. — Der Handelsrath (als ein Theil der drei großen Räte) hat den Antrag seines Berichterstatters, welcher die inländ. Zuckerfabrikation mittelst Zahlung einer Entschädigungssumme abthun wollte, nicht angenommen; 23 Mitglieder stimmten dafür und 24 dagegen. Hierauf wurde im selben Rathe darauf angetragen, die Abgaben auf beide Zucker (von den Kolonien und von der Runkelrübe) gleichzustellen und zwar sofort, ohne vorläufige Entschädigung an die Runkelrübenzuckerfabrikanten; dieses ging mit 36 gegen 11 Stimmen durch. (S. übrigens gestr. Karlsruh. Z. Artikel Paris.) — Die gerichtlichen Verfolgungen gegen die Tagespresse nehmen täglich zu; es wird aber im Publikum wenig Anteil daran genommen; die Zunahme der bezahlten Artikel in den Blättern läßt den Eifer der Leser für dieselben erkalten. H. Emil v. Girardin hat sehr gut gerechnet, als er das Zeitungswesen zu einem Rechnungserempel herabsetzte und das Beispiel gab, den moralischen Theil der Redaktion dem Materiellen, den Anzeigen oder bezahlten Einrückungen, unterzuordnen. Umsofort jammern die in Beschlag genommenen Blätter über die zunehmende Gleichgültigkeit in Presseangelegenheiten. — Die Wiedererscheinung des Hrn. v. Kisseleff in den Salons des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten hat großes Aufsehen erregt. Hr. Guizot ließ es sich angelegen seyn, dem russischen Diplomaten mit ungemeiner Zuverlässigkeit zu begegnen. — Es ist wieder ein skandalöser Prozeß im Anzuge, auf den gewisse Blätter stark spekuliren, um ihren gesunkenen Kredit wieder emporzubringen. Die Journaltugend verfolgt das Laster mit einem Eifer, als ob dasselbe durchaus aufgefunden werden müßte. In den Konferenzen der beiden Kammern gibt dieses Aergerniß, bei der ein ministerieller Abgeordneter die Hauptrolle spielt, viel zu sprechen. Viele wollen gar das Ministerium für die Sittlichkeit seiner Anhänger verantwortlich machen. — Die gedruckten diplomatischen Aktenstücke wegen der orient. Frage, welche 80 Seiten in Quart umfassen, enthalten nichts Unbekanntes, mit Ausnahme eines einzigen Dokumentes, nämlich des Protokollentwurfs, welcher Frankreich den 5. März vorgelegt worden ist. Diese Mittheilungen sind weit merkwürdiger durch die Auslassungen, als durch das, was gegeben worden. Auch können die vorliegenden Aktenstücke nicht verstanden werden, ohne das Vor und Nach zu kennen, welches aber, wie es scheint, mit Absicht übergangen worden ist. — Folgender Artikel des „Siecle“ hat zur Vorforderung seines verantwortlichen Herausgebers vor die Pairskammer in derselben den Anlaß gegeben: „Dem Publikum braucht nicht erst gesagt zu werden, daß die Pairskammer, obgleich durch die Mäßigung des Hrn. Merilhou, den Ernst des Hrn. Viennet und die hohe Weisheit des Hrn. Altonshée verschönert, sich schon längst in die Wichtigkeit des Pairschloßes absorbiert hat. Diese Betrachtung überhebt uns, und über die Art von politischer Unterhaltung des Weitern zu verbreiten, welche im Luxemburger Saal bei Gelegenheit eines Nachdrucks der Rede der Krone, welche man Adresse der Pairskammer nennt, stattgefunden hat. Wir haben über alles, was gesagt

*) Der Adressentwurf ist in der Karlsruh. Zeitung Nr. 14 vollständig mitgetheilt, was selbst also die einzelnen Paragraphen nachgelesen werden wollen. Red. d. K. Z.

Durch Elliot's Emiffäre erhielt er die Nachricht von der Verrätherei des Generals Dürez und erfuhr den Namen des dänischen Offiziers, der mit letzterem wegen der Uebergabe unterhandeln sollte. Der englische Agent, welcher keine Hoffnung mehr sah, Gothenburg zu retten, änderte nun seinen Ton und kündigte dem Könige statt der vorhergehenden Unterstützung an, daß er nach Kopenhagen zurückgehen werde. Gustav's ganze Beredsamkeit schenkte an diesem Beschlusse, und nur mit großer Mühe erlangte er von dem Hartnäckigen das Versprechen, in Gothenburg mit ihm zusammenzutreffen zu wollen. Ich werde zwölf Stunden vor Ihnen dort eintreffen (meldete er ihm) und über Ihre Sicherheit wachen. Ein Detachement Schweden soll Ihnen entgegen kommen, wenn ich noch Herr des Landes bin; wo nicht, so gehen Sie in's Innere des Landes, kehren sie nach Kopenhagen zurück, und überlassen Sie mich meinem Unstern. — Die Thore der Stadt würden sich ihm geöffnet haben, hätte er seinen Namen nennen wollen; aber die Erinnerung an die Verrätherei in Finnland zwang ihn zu der Vorsicht, sich vor allen Dingen von dem Geiste der Garnison persönlich Kenntniß zu verschaffen. Die erste Probe war gut, wie wir gesehen haben, — aber genügte diese Anhänglichkeit, um dasjenige wieder zu gewinnen, was durch Verrath verloren gegangen war? Gustav, von Anstrengungen erschöpft, mußte sich von einem in der Nachbarschaft des Generals Dürez wohnenden Kaufmann ein Bett leihen, denn der General hatte seine Mobilien schon wegbringen lassen. Mit Anbruch des folgenden Tages war die ganze Stadt in

worden, nur ein Bedauern auszudrücken, nämlich: daß Männer, welche, wie der Fürst von der Moskwa, sich von wahrhaft patriotischen Gesinnungen besetzt fühlten, sich nicht auf einer andern Rednerbühne vernehmen lassen können. (Hier wollte der Pair Baron Daunant, der die Anklage erhoben hatte, das Ablefen des Aussages abbrechen, allein sein Kollegen, die Pairs, riefen ihm zu, fortzufahren.) Wir haben nur noch eine Bemerkung zu machen, nämlich, daß ein gewisser Monsieur Boissy, der bloß, weil er reich ist, zum Pair gemacht wurde, sich dahin hat vernehmen lassen, daß unter den Feinden der Regierung in erster Reihe diejenigen stehen, welche keinen Besitz haben (ceux qui ne possèdent pas). Es ist, wie es scheint, ein großes Verbrechen in den Augen dieser Personage und vieler Anderer nicht große Güter und Reichthümer zu besitzen, wie er; es ist freilich aber auch ganz unbegreiflich, daß Leute, die nichts haben, so frech seyn sollten, und meinen, die Regierung sey ihnen, wie andern Bürgern, schuldig. — Wie schon weiter oben gesagt worden, würden wir uns mit der vermeintlichen „Verhandlung der Adresse“ in der Pairskammer gar nicht beschäftigen haben, wenn wir nicht die mehr als unangemessenen Worte, welche von Hrn. v. Boissy ausgesprochen wurden, hervorzuheben gehabt hätten. — In der heutigen Pa r i s s i t u n g, welche ebenfalls vom Herzog von Broglie präsidirt wurde, nahm Hr. v. Pontécoulant zuerst das Wort, anerkannte im Grunde die Gerechtigkeit des Vorschlags des Barons Daunant, beschwerte sich aber nur über die Unregelmäßigkeit der Form, indem die Kammerordnung festsetze, daß ein Redner, der einen der Verhandlung fremden Antrag stellen wolle, denselben auf den Kammermitgliedern schriftlich niederlegen solle und nach gegebener Ablegung von zwei Kammergliedern unterstützt werden müsse. Der Präsident erwidert hierauf, daß diese Bestimmung sich bloß auf eine an den Minister zu stellende Anfrage beziehe. Die in Frage stehende Motion sey in die Debatten nach den in allen ähnlichen Fällen gewöhnlichen Formen eingeführt worden. Hr. Cousin nimmt das Wort und bedauert, daß der Vorschlag nicht in geheimer Sitzung verhandelt worden sey, erklärt übrigens, daß die Kammer willkürlich beleidigt worden sey. Das Siecle verdiene jedoch Nachsicht, weil es sonst kein der Dynastie feindlich gesinntes Blatt sey. Nachdem noch einige Redner das Wort genommen hatten, wird der Antrag des Hrn. Barons Daunant angenommen und der Gerant des Siecle auf den 18. Januar vor die Schranken der Pairskammer geladen, darf aber einen Defensor dabei haben. Es wird nun zur Fortsetzung der Adresseverhandlung geschritten, und zwar zunächst zu §. 6 (Handelsverträge Frankreichs mit andern Staaten betreffend). Der Herzog von Harcourt spricht sich lobend für eine unbegrenzte Handelsfreiheit aus; Graf Argout dagegen und Baron K. Dupin versuchen das Verbotssystem im Interesse der Nationalgewerblichkeit. Der Minister des auswärtigen bemerkt: „Die Kammer begreift und billigt, daß die Regierung des Königs von diesem Debattengegenstand sich fern halte. Zwei Interessen stehen einander gegenüber: die Nationalproduktion, die Nationalprodukte, welche durch Verbotsmassregeln geschützt zu werden begehren, und ein anderer Theil dieser Nationalproduktion, dieser Nationalarbeit, welcher Auswege (débouchés) nöthig hat. Die Regierung des Königs darf keines dieser Interessen vernachlässigen. Sie muß auf beide Bedacht seyn.“ (Man ruft: Sehr gut! sehr gut!) §. 6 wird zur Abstimmung gebracht und angenommen, ebenso §. 7 und 8, ohne weitere oder mit nur geringen Bemerkungen. Die ganze Adresse selbst wird schließlich bei 129 Stimmen mit 128 für und 1 dagegen votirt. — Wörze: 5proz. 117 Fr. 75 Ct., 3proz. 78 Fr. 80 Ct., span. alt. Schuld 25 1/2.

Paris, 13. Jan. Der Ministerrathspräsident hat so eben eine Kommission ernannt, welche den Auftrag hat, einen von Hrn. Favard, Delegirten von französisch Guiana, überreichten und von Hrn. J. Lechevalier verfaßten, Vorschlagsentwurf zur Kolonisirung jenes Landstrichs zu prüfen. Die Kommission besteht aus den H. H.: Graf v. Lascher (als Präsident), franz. Pair; Gantier, franz. Pair; J. Lefebvre, Deputirter; Galos, Deputirter, Mitglied der bordeauxer Handelskammer; Magnier de Maisonneuve, Deputirter, Direktor des auswärtigen Handels im Ackerbau- und Handelsministerium; J. Perier, Deputirter; Greterin, Staatsrath, Direktor der Ackerbauverwaltung; Favard, Delegirter von franz. Guiana; Filleau de St. Hilaire, Staatsrath, Direktor der Kolonien im Seeministerium; Drouin de l'Huis, Direktor der Handelsangelegenheiten und des Strittigen im auswärtigen Ministerium; Lavollée, Unterdirektor der Postverwaltung; E. Pereira, Bankier; de Conninc, Mitglied der havrer Handelskammer.

Strasburg, 10. Jan. Die Eisenbahnlinie von Paris hierher, deren Entwurf zu den verschiedensten Intriguen und Privatvortheilen von Seite so mancher hochgestellter Personen benutzt wird, hat nun abermals ein sehr günstiges Botum für sich gewonnen, indem die Kommission der Befestigungswerte Frankreichs sich in den unzweideutigsten Ausdrücken für die Ansicht des Marschalls Soult ausgesprochen hat und den Bau der Eisenbahn von Paris hierher sogar als eine strategische Nothwendigkeit betrachtet. Einer Ihrer pariser Korrespondenten legt dem Minister der öffentlichen Arbeiten die Absicht unter, als wolle derselbe den ganzen Bau verschieben. Die Frage ist indessen so weit geliechen, daß es auf die individuelle Ansicht des Hrn. Feste gar nicht mehr ankommt und die Regierung wird wohl vermeiden, dem Wunsch so vieler Departemente, die bis heute eine Summe von nahe an 17 Millionen freiwilliger Beiträge unterzeichnet haben, geradezu entgegen zu handeln. (N. 3.)

Großbritannien.

London, 11. Jan. Der „Globe“ sagt in seinem Citybericht: Der Königsmarkt hielt sich heute gut, bis um 12 Uhr der Regierungsmärkte erschien,

Bewegung. Die Ankunft des Königs hatte Niemanden im Schlafe gestört; doch am Morgen wußte Jeder die Neuigkeit und erzählte, wenn gleich mit manchen Unrichtigkeiten, die Vorgänge der letzten Nacht. (Fortf. f.)

Verschiedenes.

Leipzig, 13. Jan. Unsere Stadt und Universität hat einen großen Verlust erlitten, indem gestern der berühmte Professor Wilhelm Kraugott Krug durch den Tod ihr entrissen wurde. Dresden, 9. Jan. Der Minister Baron v. Mantuffel ist gestern Abend gestorben. Berlin. Nach einer Uebersicht der Kosten der verschiedenen Eisenbahnen in Europa in der preuss. Staatszeitung hat bei uns in Deutschland eine einzelne Meile Eisenbahn durchschnittlich zu bauen gekostet, bei 1 Bahn zwischen 600,000 Thlr. und 600,000 Thlr.; bei 2 Bahnen zwischen 500,000 Thlr. und 400,000 Thlr.; bei 3 Bahnen zwischen 400,000 Thlr. und 300,000 Thlr.; bei 4 Bahnen zwischen 300,000 Thlr. und 200,000 Thlr.; bei 5 Bahnen zwischen 200,000 Thlr. und 150,000 Thlr.; bei 6 Bahnen zwischen 150,000 Thlr. und 100,000 Thlr.; bei 7 Bahnen zwischen 100,000 Thlr. und 50,000 Thlr.; bei 1 Bahn unter 50,000 Thlr. — In Kiel hat sich am 29. Dez. ein Verein von Bürgern und Bauern gebildet, dessen Tendenz Verbreitung allgemeiner Volksbildung ist. Der Verein wird sich im Winter alle 14 Tage, im Sommer alle 4 Wochen versammeln, um freie Vorträge oder Vorlesungen über Gegenstände der Gemeindevverwaltung, Defonomie u. zu hören. — Die „Vorzeitung“ berichtet: daß zu Gofelder, im meininger Oberlande, ein junger, kräftiger Mann, den vor 16 Wochen ein kleiner Spizhub in den Finger biß, neulich von der Wasserseu befallen ward und binnen 24 Stunden starb.

seyen, so müßte man jedenfalls zwischen dem alten, dem historisch entstandenen, und dem neuen, dem Briefadel, unterscheiden; — wo aber wäre hier die Gränze zu finden? — Wer nicht geboren sey, habe noch keine Rechte; es könne daher von einer Verletzung der Rechte der unschuldigen Nachkommen keine Rede seyn. Zudem sey es keine Strafe, nicht adelich geboren zu werden; nur der Verbrecher, dem ein zustehendes Recht entzogen werde, leide solche. Wenn geltend gemacht werde, daß einem andern Stande die Aufnahme des vom Adel Ausgeschlossenen nicht zugemuthet werden könne, so würde er, wenn wirklich das mindeste Verleghende für einen andern ehrenwerthen Stand im Amendement läge, sich gewiß auf's entschiedenste dagegen erklären. Diese Ansicht sey aber eben so wenig richtig, als sich ein Nichtstaatsdiener oder ein Nichtmilitär verletzt fühlen könne, wenn ein Mitglied des Beamten- oder des Militärstandes in den allgemeinen Bürgerstand zurücktrete. Etwaige Eingriffe dieser Bestimmung in die privatrechtlichen Verhältnisse oder fideikommissarischen Rechte des Adels könnten nicht im Strafgesetzbuch, sondern nur im Gesetze über die bürgerlichen Folgen der Verbrechen beseitigt werden. Bis dahin sey beruhigend, daß die vorgeschlagene Bestimmung längst bei uns bestünde, ohne Verwirrungen erzeugt zu haben. Geh. Rath Regierungsdirektor v. Red vertheidigt dieselben Ansichten mit vieler Wärme, und führt sie in ihren einzelnen Richtungen, namentlich in staatsrechtlichen Beziehung und in ihrem Einflusse auf die Rechte des grundherrlichen Adels, weiter aus. Hauptmann v. Söler würde es als einen wahren Eingriff in die Rechte des Adels und seine Standesehre betrachten, wenn das vorliegende Amendement nicht angenommen würde. Major v. Lürche im theilt diese Ansichten nur in so weit, als der Verlust des Adels die Person des Verbrechers treffen solle; dagegen finde er es sehr hart, daß eine Frau, die aus den edelsten Motiven die Ehe mit einem solchen Unglücklichen — denn er könne manchen Verbrecher nur als einen solchen betrachten — forsetze, oder die unschuldigen Nachkommen unter dem Verbrechen des Vaters mit leiden müßten; es sey wohl wahr, daß die Söhne oft die Sünden des Vaters büßen müßten; — aber warum wolle man ihnen dann nicht auch die Tugenden der Mutter zu gut kommen lassen? Er schlägt daher vor, den Satz in der Art zu fassen, daß die Ehegattin, mit welcher der zu einer Zuchthausstrafe verurtheilte Adelige zur Zeit seiner Verurtheilung bereits verheirathet ist, so wie die aus dieser Ehe abstammenden Kinder, gleichviel ob vor- oder nachgeboren, von dieser Ehrenfolge nicht getroffen werden. Staatsrath Jolly erklärt, sich mit dieser Ansicht allerdings befreunden zu können, wenn der Antrag des Berichterstatters nicht durchgehen sollte; — doch dürfte die Unterscheidung hinsichtlich des Zeitpunkts der Ehe, ob diese nämlich schon vor der Verurtheilung bestanden habe, oder erst nach derselben geschlossen werde, nur zu weiteren Schwierigkeiten führen, und daher zu umgehen seyn. Ueber den Antrag des Frhrn. v. Lürcheim ergibt sich noch eine längere Diskussion, in welcher sich Staatsrath Wolff, Frhr. v. Marschall, geh. Rath v. Red, insbesondere unter Hervorhebung der Anomalie und juristischen Inkonsequenz, daß hienach ein nicht adeliger Vater adeliche Kinder erzeugen könne, gegen, geh. Kriegsrath Vogel, Generalleutnant Frhr. v. Stöckhorn, Generalleutnant v. Freytedt, welcher vorschlägt, den Paragraphen mit den Worten „für seine Person“ zu schließen, so wie Generalmajor Frhr. v. Laßalle für denselben aussprechen. Bei der Abstimmung wird das Amendement der Kommission mit 7 gegen 10 Stimmen verworfen, dagegen der Antrag des Frhrn. v. Lürcheim salu. red. angenommen. Auf den mehrfach unterstützten Antrag des Frhrn. v. Laßalle wird sohin noch als Ziffer 7 die Unwürdigkeit zum Militärdienst in diesen Paragraphen aufgenommen und folgeweise der Strich dieser Bestimmung im Einführungsdekret beschloffen. — Somit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Carlruhe, 14. Jan. 34te öffentliche Sitzung der 2. Kammer. (Schluß.) Staatsrath Frhr. v. Rüdiger entgegnet hierauf, daß gelegentlich einer früheren Motion über die Revision des Forstgesetzes eine Vereinbarung beider Kammern über einen diesen Gegenstand betreffende Adresse an Se. Königl. Hoh. den Großherzog nicht zu Stande gekommen sey; der Regierung aber müsse es immer erwünscht seyn, wenn es sich von Anträgen auf Gesetzesrevisionen handle, die Ansichten der Kammer kennen zu lernen. Ministerialassessor Bär längnet, daß aus der Erhöhung des Budgetsages für Forstrevell notwendig die große Vermehrung der Zahl der Forstrevell gefolgert werden müsse, die der Hr. Abg. Waigel beklage. Die Kosten für Forstrevell hätten im Jahr 1837/39 ca. 36,000 fl. betragen, die Kosten für Forstrevell hätten auf 43,000 fl. gestiegen; allein dies Steigen beruhe nicht auf der größern Zahl der Revell, sondern in andern Verhältnissen, z. B. in der pünktlicheren Thätigkeit der Revell, dem freilich steigenden Mangel an Gelegenheit, die Revell mit öffentl. Arbeit zu beschäftigen; endlich auf dem Umstand, daß die Gebühren für Fertigung der Auszüge aus den Revellregistern über ungiebige Posten in neuerer Zeit aus den Amtskassen bestritten würden, während sie früher auf die Steuerkasse gefallen seyen, und daß seit einigen Jahren den Bezirksförstern Gebühren für Aufstellung der Revellregister bezahlt würden. Der Abg. Vogelmann verweist den Abg. Mohr zur Berichtigung seiner Ansichten über Vernachlässigung der Waldkultur auf das landwirthschaftliche

Wochenblatt, wo er auf Veranlassung ähnlicher Klagen auf dem vorigen Landtage auf den Grund offizieller Dokumente durch statistische Angaben den Umrund derselben dargethan und erwiesen habe, wie unser Großherzogthum in dieser Hinsicht hinter andern Ländern nicht nur nicht zurückstehe, sondern im Gegentheil vdr manchen sich auszeichne. In Bezug auf die steigende Zahl der Forstrevell und der Nothwendigkeit, durch Aenderung einiger §§. des Forststrafgesetzes ihnen mit mehr Erfolg entgegen treten zu können, theile er die Ansichten des Abg. Waigel. Schaff findet, daß sowohl der Abg. Mohr, als der Abg. Waigel in ihren Ansichten der Vergrößerungsbrillen sich bedient hätten, und ist der Meinung, daß in Betreff der Forstrevell die dermalige Gesetzgebung ausreiche, indem nicht Strafschärfung, sondern sorgfältige Bewachung der Waldungen und pünktliche Handhabung des Gesetzes abhelfen würden, zumal wenn noch in strengen Wintern für die Armen einige Sorge getragen werde. Er in seinem Amtsbezirk könne nicht über Zunahme der Forstrevell klagen, er handhabe das Geschäft der Revellthätigkeit aber auch mit der gebührenden Sorgfalt. Waigel lehnt den Vorwurf der Uebertreibung von sich ab und zweifelt, ob die Mittel des Abg. Schaff ihren Zweck erreichen; man habe den Armen hier und da Gelegenheit geboten, Holz um billigen Preis zu kaufen, aber es sey keines gekauft worden, und ein schneller Vollzug der Strafen sey auch nicht möglich, wenn, wie es vorgekommen, z. B. 36,000 Revell in einem Amtsbezirk begangen würden. v. Jöstein hofft die meiste Abhilfe von Anstalten zu Unterstützung der Armen und empfiehlt der Regierung, über die zweckmäßigste Art der Ausführung nachzudenken. Scharfe Strafen würden nicht abhelfen, denn die harte Noth sey mächtiger, als die Furcht vor der Strafe. Im gleichen Sinn erklärt sich der Abg. Pösel. Sander hebt die Nothwendigkeit hervor, den Gewohnheitsrevellern leichter beikommen zu können; in Beziehung auf die vielfach gepriesene Blüthe der Waldkultur aber scheine ihm die Zeit gekommen, die Waldsteuer endlich zu erhöhen. Nach diesen und einigen kürzeren Bemerkungen der Abg. Jüngel, Böcker, Martin wird die Diskussion über diese Position geschlossen. V. Sanitätskommission. Die Forderung der Regierung ist 6740 fl., welche Summe den früheren Budgetsag um 200 fl. übersteigt, und zwar sind diese 200 fl. bestimmt als Honorar für ein bisher nicht bezahltes Reserat. Die Position wird bewilligt, nachdem auf Anfrage des Abg. Sander, welcher Art das Reserat sey, von Seiten der Regierungskommission die nöthige Auskunft gegeben worden. Der Abg. Basser mann bringt bei dieser Gelegenheit das Bedürfnis einer neuen Apothekertaxe zur Sprache: Staatsrath Frhr. v. Rüdiger gibt darauf die Erklärung, daß eine solche bereits ausgearbeitet sey und höchster Genehmigung vorliege. VI. Generallandesarchiv. Die Forderung von 12,948 fl. wird bewilligt. VII. Kreisregierungen. Die Summe von 144,310 fl. wird nach kurzer Diskussion genehmigt. VIII. Bezirksjustiz und Polizei. Die Position beträgt 934,851 fl., statt der im vorigen Budget geforderten 872,264 fl. Die Summe wird verwilligt. Der Abgeordnete Sander beklagt, daß der leininger Vertrag so bedeutende Kostenvermehrung durch Errichtung neuer Aemter herbeiführe und beantragt eine Revision der Vertheilung der neu angefallenen Aemtern, da an manchen Orten die Aemter mehr als notwendig besetzt seyen. In gleichem Sinn erklärt sich der Abg. v. Jöstein. Knapp klagt über Mangel an Gleichförmigkeit in Organisation der Verwaltung und die Mannigfaltigkeit der Titulaturen. Mohr des erklärt, daß an manchen Orten im Unterherrschaftsbezirk der erste Beamte nicht viel zu thun habe und daß man zu zuvorkommend durch Anstellung von Aemtern manchen Beamten unter die Arme gegriffen habe. Staatsrath Frhr. v. Rüdiger gibt zur Berichtigung der angeführten Thatsachen die nöthigen Daten, um nachzuweisen, daß man lediglich im Interesse der Justizpflege das Personal vermehrt habe. In Bezug auf Anstellung der Aktiare macht der Abg. Biffing auf die Wichtigkeit derselben aufmerksam und will, daß sie, als kontrollierende Personen der Beamten, der Willkür derselben entzogen werden. St. Rath v. Rüdiger weist auf das nachträgliche Budget, wo eine Summe werde gefordert werden, um an jedem Amt einen Aktiar mit 600 fl. Gehalt anstellen zu können, der dann durch die Kreisregierung werde ernannt werden. Sander, Baumgärtner, Litschi sprechen über den gleichen Gegenstand in gleichem Sinn, besonders aufmerksam machend auf den immer größern Mangel an tüchtigen Aktiare, dem dadurch am besten abgeholfen werde, daß man tüchtige junge Männer für dieses Geschäft zu gewinnen suche, indem man ihnen ein ordentliches Auskommen gebe und die Aussicht auf einige Unterstützung, wenn sie dienstuntauglich würden.

Carlruhe, 16. Jan. Tagesordnung der 19ten öffentlichen Sitzung der ersten Kammer auf Montag, den 17. Jan., Morgens 9 1/2 Uhr: Fortsetzung der Diskussion über den Entwurf eines Strafgesetzbuchs. Carlruhe, 16. Jan. Tagesordnung der sechsunddreißigsten öffentlichen Sitzung der zweiten Kammer, auf Montag, den 17. Jan., Vormittags 9 Uhr: 1) Anzeige neuer Eingaben und Motionen. 2) Fortsetzung der Diskussion über den Bericht des Abg. Tresurt, das Budget des großh. Ministeriums des Innern betr.

Redaktion unter Verantwortlichkeit von C. Macklot.

(77) Carlruhe. Anzeige.
Kontor-, Wand- und Damen-
Kalender in Farbendruck
 sind bei mir, wie in allen Buchhandlungen für den geringen Preis von 9, 12 und 30 Kr. zu erhalten. Es bilden dieselben eine Zierde für jedes, auch das eleganteste Zimmer.
C. Macklot.
 [163.2] Nr. 1390. Pforzheim. (Holzverfertigung.) Aus Domänenwaldungen, Forstrevell Buchensfeld, wird durch Bezirksförstler v. Davans nachstehendes Holz versteigert:
 Im Distrikt Wüstenwald und Reute, Montag, den 17. Jan. d. J.:
 74 Klafter tannenes Scheiterholz,
 5 1/2 forlenes do.
 2 eichenes do.
 2 tannenes Prügelholz.
 Montag, den 24. Jan. d. J.:
 80 Stämme tannenes Klobholz,
 827 Stämme tannenes Klobholz,
 275 Stück Sägklöße,
 578 Stämme tannenes Klobholz,
 250 Stämme tannenes Klobholz,
 510 Stämme tannenes Klobholz.
 Die Zusammenkunft ist an beiden Tagen früh 9 Uhr im Gerichtshause zu Buchensfeld.
 Dienstag, den 25. Jan. d. J., im Distrikt Weutberg:

52 1/2 Klafter tannenes Scheiterholz,
 65 Buchenes do.
 17 1/2 eichenes do.
 16 tannenes Prügelholz,
 16 1/2 Buchenes do.
 5 tannenes Stockholz,
 9012 Stück Nadelholzwellen,
 375 Buchene Wellen,
 2267 gemischte do.
 Mittwoch, den 26. Jan. d. J.:
 80 Stämme tannenes Klobholz,
 195 Stämme tannenes Klobholz,
 157 Stück Sägklöße,
 8 Buchene Klöße und tannene Stangen,
 6 Buchene Klöße und tannene Stangen.
 Die Zusammenkunft ist an beiden letzten Tagen früh 9 Uhr im Gerichtshause zur goldenen Kette in Buchensfeld.
 Pforzheim, den 11. Jan. 1842.
 Großh. bad. Forstamt.
 Holz. vdt. Ludwig.
 [151.3] Carlruhe. Versteigerung von Mauersteinen zum Eisenbahnbau. Die unterzeichnete Stelle beabsichtigt nachstehende Steinlieferungen einer öffentlichen Versteigerung auszusetzen:
 1) Künftigen
 Mittwoch, den 19. Jan. d. J., Vormittags 11 Uhr, auf dem Rathhause zu Weingarten die Lieferung von 23 Kubikfuhren Mauersteine zum Stationsgebäude in Weingarten;
 2) Künftigen



Donnerstag, den 20. Jan. d. J., Vormittags 9 Uhr, auf dem Rathhause zu Durlach die Lieferung von 48 Kubikfuhren Mauersteine zum Bahnhof in Durlach. Carlruhe, den 11. Januar 1842. Großh. bad. Wasser- und Straßenbauinspektion. Keller.

| Frankfurt, 15. Jan. | Proz. | Bapier. | Geld. |
|--------------------------------------|-------|---------|---------|
| Österreich. Metalliquesobligationen | 5 | 108 1/2 | 108 1/2 |
| " " | 4 | — | 100 1/2 |
| " " | 3 | — | 76 1/2 |
| " " | — | — | 1984 |
| " " | — | — | 111 |
| " " | — | — | 144 1/2 |
| " " | — | — | 99 1/2 |
| " " | 4 1/2 | — | 102 1/2 |
| Preußen. Preuß. Staatsanleihe | 4 | — | 106 1/2 |
| " " | — | — | 81 1/2 |
| Bayern. Obligationen. | 3 1/2 | — | 102 1/2 |
| Frankfurt. Obligationen. | 3 1/2 | — | 102 1/2 |
| " " | — | — | 378 1/2 |
| " " | — | — | 377 1/2 |
| " " | — | — | 101 1/2 |
| Baden. Obligationen. | 4 | — | 121 |
| " " | — | — | 49 1/2 |
| " " | — | — | 48 1/2 |
| Darmstadt. Rentencheine | 3 1/2 | — | 95 1/2 |
| " " | 3 1/2 | — | 60 1/2 |
| " " | — | — | 25 1/2 |
| Rassau. Obligationen bei Rothschild. | 3 1/2 | — | 96 |
| " " | — | — | 23 |
| Holland. Integrale | 2 1/2 | 50 1/2 | 50 1/2 |
| Spanien. Aktivschuld m. G. | 5 | 24 1/2 | 24 1/2 |
| Polen. Oblig. | — | — | 76 1/2 |
| " " | — | — | 82 1/2 |